

Sie ist unschweizerisch !

Dr. Markus Erb, Präsident «Bürger für Bürger»



Nein! Die Vollgeld-Initiative passt nicht in unsere politische Landschaft, die vom Genossenschaftsgedanken und der Mitbestimmung der Bürger geprägt ist.

Das würde den Sympathisanten und Mitgliedern der vom Ausland dominierten www.monetative.de so passen, die Schweiz für ihre zentralistische Idee als Versuchskaninchen benützen zu können! Aber wir lassen uns doch nicht als Beleg für die Funktionstüchtigkeit einer Initiative missbrauchen, die alle Macht einer unkontrollierten Zentralbank **übertragen will und so** unsere demokratische Struktur und unser föderales Staatsgefüge aushebelt.

Zugegeben: Unsere Nationalbank hat in der Bewältigung der anstehenden Probleme sträflich versagt, wie die beiden nachfolgenden

Artikel «In der Hand von Souveränitäts-Vernichtern» und «Wem dient die Nationalbank» drastisch genug belegen. Ja, es bedarf dringend einer Reform, darin müssen wir den Befürwortern der Vollgeld-Initiative sicher zustimmen. Aber für eine Gesundung unserer Staatsfinanzen müssen wir den Teufel doch nicht mit dem Beelzebub austreiben.

Was wir brauchen ist schweizerisches **Volks-**geld statt Vollgeld! Wir brauchen eine schweizerische, eine demokratische Lösung! Wir brauchen ein Geldsystem, bei dem die *Stimmbürger über die Menge des zu schöpfenden Geldes mitentscheiden* und damit Fehlentscheidungen und dem Machtmissbrauch einen Riegel schieben. Alles andere ist ein Bluff der Bankenelite und jener, die ihren Machtpoker mitspielen, wie der Artikel «**Volks-**geld ist Vollgeld» deutlich aufzeigt.

Das schweizerische **Volks-**geld betrifft die öffentlich-rechtliche Seite zur Rettung und

Sanierung unserer aus dem Ruder gelaufenen Staatsfinanzen. Die strikte Trennung von Geschäfts- und Spekulationsbanken entsprechend dem **Trennbankensystem Glass-Steagall** (vergl. dazu den Artikel «Krise! welche Krise?»), betrifft die privatrechtliche Seite zum Schutz unserer Renten, der Spareinlagen und des Vermögens vor geldgieriger, absolut rücksichtsloser Spekulation. Eine strikte Trennung von Geschäfts- und Spekulationsbanken ist die Grundvoraussetzung für einen echten, realwirtschaftlichen Aufschwung und damit den Erhalt des Vertrauens in den Schweizerfranken.

Beides, sowohl das schweizerische **Volks-**geld als auch das **Trennbankensystem**, kann gleichzeitig oder nacheinander verwirklicht werden. Beides tut dringend Not. Sorgen wir dafür, dass es zur Realität wird!

In der Hand von Souveränitäts-Vernichtern

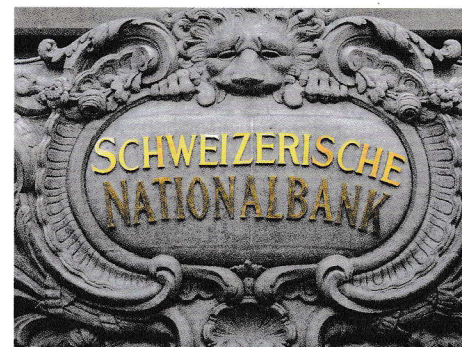
Bruno Ackermann, Adligenswil

Die Vollgeld-Initianten legen Wert auf eine Staatsgarantie. Was heisst Staatsgarantie? Sie wird mit Eigentumsgarantie verwechselt. Eigentum bleibt, ob bei einer Privat- oder Staatsbank, ungeschützt. Kommt die Staatsgarantie als Anlegerschutz, z.B. wegen Staats- oder Banken-Konkurs, zum Tragen, meist durch das indirekte Verschulden der Notenbank selbst, würde der den Kontoinhabern zur Verfügung gestellte Verlustersatz durch die immense Geldausweitung zusätzlich entwertet. Auch die, jegliche ökologische Grundsätze ignorierende Minimalzinsen, Verursacher enormer Landschaftsverschandelung mit Baumüll, sogenanntes Wirtschaftswachstum, sind nichts anderes als Vermögensforderungen, die die Preise steigen lassen, nicht aber das Vermögen. Absurd, Schulden werden zu Vermögenswerten.

Mit der **Nullzins-Politik** wird der Sparer in die Aktien getrieben. Die Ausbeutung wird

ihm in dem Sinne weissgemacht, als ob Forderungen Vermögen wären. Durch die lockere Geldpolitik werden Firmen zu Fusionen verleitet, was Arbeitsplätze vernichtet. **Die Wahrung der Finanz-Stabilität wäre eigentlich der Auftrag der SNB, doch anzunehmen ist, dass sie andere Interessen vertritt**, da sie als Multiplikator der Geldentwertung und des Kapitalentzugs fungiert. Es geht nicht um den Werterhalt des Frankens bzw. des Volksvermögens, sondern um die Verzögerung des Dollar- und Euro-Verfalls.

Zum ungünstigsten Zeitpunkt, als Gold wenig galt, hat die SNB den Goldbestand von 2'590 auf 1'040 Tonnen reduziert. Das wäre heute ein Mehrwert an Volksvermögen von über 62 Milliarden Franken. Damit ist die Schweiz, **ihre Souveränität verleugnend**, als «Kriegsverlängerer» wieder einmal vor den «Amerikanern» zu Kreuze gekrochen. Ein Vergleich zu Schutzgeld-Zahlungen ist gerechtfertigt.



Muss gar Komplizenschaft angenommen werden, zumal ein Teil des Goldbestandes in ausländischen Tresoren gelagert wird?

2010: «Nationalbank verliert Milliarden wegen Euro». Als reflektierender EU-Befürworter fand man gleich den Schuldigen: «Der starke Franken hinterlässt tiefe Spuren». Zum «aufgehellten Marktumfeld» gehörte, dass in Bezug auf Schrottpapiere (Euro und Dollar) von 1,3 Milliarden Franken Gewinn statt von 19.2 Milliarden Verlust gesprochen wurde. Der Verlust wurde zur «gewinnbringenden Hilfsaktion». Die Nationalbank glaubte, den «Wertzerfall der Einheitswährung» durch den Zukauf von über 100 Milliarden Euro «mildern» zu können. Der Verlust von 14,3 Milliarden Franken überraschte nicht. Die Einbusse der Schweizer Exportwirtschaft war demgegenüber minimal.

2011: Devisenbestand 200 Milliarden Franken. 30 Milliarden Währungsverlust auf Kosten des Steuerzahlers. **6. September: Anbindung des Frankens an den Euro.** Die Solidarisierung der SNB mit der Europäischen Zentralbank (EZB) und indirekt mit der US-Notenbank (Fed) mit der Begründung «massiver Überbewertung des Frankens» war ein **Oligarchen-Akt** gegen die Schweiz. **Es war klar: Die Anbindung kann nicht aufrecht erhalten werden.**

2012 Januar: SNB-Bankrat erzwingt gegen den Willen von Bundesrätin Widmer-Schlumpf den Rücktritt von **Philipp Hildebrand**, der Insider-Wissen zum eigenen Vorteil nutzte. Heute ist er in führender Position bei BlackRock, dem weltgrössten Vermögensverwalter. Der Tages-Anzeiger kommentierte am 13.6.2012: Ihm komme seine Fähigkeit des «Spitzenrisikomanagements» «...sicher wegen seinem seriösen Image als solider Schweizer zugute».



August: Der Devisenbestand der SNB schnellte auf 365 Milliarden. In der Luzerner Zeitung fand sich die hirnrissige Begründung: «Der Verlust bei den Fremdwährungsbeständen ist hauptsächlich auf die Aufwertung des Schweizerfrankens zurückzuführen und nicht auf die Interventionen am Devisenmarkt». Es könnte ebenso behauptet werden, am Verlust des Gleichgewichts infolge hohen Alkoholkonsums ist nicht der starke Trinker sondern der Alkohol schuld. Die Verschuldung Deutschlands, als «Rückgrat» der EU, steigt über 2 Billionen Euro. Deutschland steht wegen der Target2-Guthaben, die nie zurückbezahlt werden können, unter Zugzwang. Wie gewohnt entscheidet sich Merkel systemgetreu zu ungunsten Deutschlands. Die Plünderung Deutschlands beginnt. Die Staatsverschuldung der EU-Länder ist unermesslich und nicht mehr über eine angemessene Inflationierung abzubauen. Die SNB, welche der EZB und Fed mit ihrer destruktiven Geld-Vermehrung nachzueifern scheint, übertrifft diese sogar! **Die Fakten interessieren Bundesrat und Parlament wegen ihrer politischen Zielrichtung EU nicht.**

2013 Januar: Devisenbestand 435 Milliarden. **Der Franken blieb, wie zu erwarten war, Fluchtwährung.** Da die Anbindung des Schweizer Frankens an den Euro nicht zu rechtfertigen war, wurde auf einmal relativiert: «Inzwischen haben sich die Bedingungen ... welche die Nationalbank zur Einführung des Mindestkurses bewegt haben, stark verändert». Man spricht vom «Abflauen der Eurokrise» und die «Unternehmer hätten gelernt mit dem starken Franken zu leben»

sowie davon, dass «Der Wechselkurs nicht mehr existenzbedrohend» sei. Dennoch: Die Schulden, Steuern, Arbeitslosigkeit in der EU stiegen weiter. Millionen junger Menschen sind arbeitslos. **Die «Rettung» hilft nur den Banken. Demokratie und Rechtsstaat werden ausgeschaltet. Verfassungsbruch wird zur Norm.** «Nun müsste die Notenbank ihre Geldpolitik dringend wieder normalisieren» meint sogar die «Denkfabrik» Avenir Suisse. Interne SNB-Studien gegen die Anbindung bleiben unter dem Deckel. Bern scheint zu ignorieren, dass sich der wirtschaftliche Zustand der einzelnen EU-Länder dramatisch unterscheidet und weiter verschlechtert.

2014 Januar: SNB-Devisenbestand 450 Milliarden. In der EU hilft die Rettung des «alternativen» Euro nur den Banken. **Staatsschulden werden mit neuen Schulden bezahlt, Unternehmen verstaatlicht.** Die Notenbanken drucken noch mehr Geld, um mittels Inflation (die einfach nicht eintreten will) über die Runden zu kommen. Es herrschen antidemokratische, feudalistische Funktionäre. Deutschland bezahlt. Und was macht die SNB? Sie solidarisiert sich von neuem über das «Liquidität-Swap-Abkommen» (Vertragsverlängerung) mit den westlichen Notenbanken! **Die Loyalität gilt ausnahmslos dem Internationalismus.** Dieses, der Allgemeinheit unbekanntes Abkommen vereinbart die gegenseitige, unbegrenzte Geldleihe. Für die Schweiz, dem traditionellen Währungsfluchtland, ist dies absurd und gegenüber der Bevölkerung ein Verbrechen. Die masslosen Devisenkäufe scheinen die verdeckte Vorwegnahme dieser Vereinbarungen zu sein. Durch die Stützungskäufe wuchs die Bilanz der SNB – gegen jegliche wirtschaftliche Vernunft – bereits auf 90 Prozent des BIP. Die Entwertung des Frankens steigt gewaltig und erhöht sich indirekt noch zusätzlich durch die Geldmengenausweitung von EZB und Fed.

Tomas Jordan: «Die Weltwirtschaft ist in einer Phase der Erholung». «Das Vertrauen in das Papiergeld ist ausgesprochen gross. Das sieht man an der Preisstabilität und an der grossen Akzeptanz des Geldes». «... **Wenn aber der Staat sich selbst über die Druckerpresse finanziert, entreisst man dem Papiergeld den Anker.** Was hat Herr Jordan denn anderes getan?



2015 Januar: Devisenbestand 520 Milliarden. Noch kurz vor und nach Jahreswechsel lassen Danthine und Jordan verlauten: Wir bleiben bei der Euro-Anbindung! Es war aber vorauszusehen, dass die Anbindung bei den gegebenen geopolitisch-wirtschaftlichen Spannungen und Inflationsdifferenzen nicht aufrecht zu erhalten war. **Am 15. Januar morgens,** blies die SNB zum Abbruch der Anbindung an den geopolitischen Euro. **Verlust 50 Milliarden!** Grosses Erstaunen! Dessen ungeachtet liefen die Devisenkäufe verdeckt weiter.

22. Januar: Einführung des Negativzins. Weitere Zinssenkungen folgten. **Die stille Enteignung des Volkes wird vorangetrieben.** Die Pensionskassen und kommende Generationen haben ein Problem. **Kann unsere Nationalbank noch als glaubwürdig angesehen werden?** Der Widerspruch zu einer «sozialverträglich» Geldpolitik widerlegt dies bald.

2016 Januar: Devisenbestand beträgt inzwischen 700 Milliarden. In der EU spricht man fortwährend von Staats-Rettung, meint aber die Banken. **«Der Staat» wird zum Pseudonym für die Banken.**

2017 Ende November: Devisenbestand 837 Milliarden. Die Moral der Geschichte: Die SNB wird mit gedrucktem Geld zum grössten Anleihen- und Aktienspekulanten, also zum grössten Marktverfälscher! Die **«Stützungskäufe»** von Euro und Dollar erreichen inzwischen ca. **130 Prozent des BIP !!!**

2018 Januar: Die Regeln der Wirtschaft werden ausgeschaltet, Manipulation ist Bestandteil des Systems. Der Devisenbestand ist vermutlich über 850 Milliarden gestiegen. Seit der sogenannten «Auflösung» der Anbindung an den Euro, verzeichnen wir weitere Stützungskäufe von über 300 Milliarden!

Grenzüberschreitende Vetterwirtschaft? Durchwursteln (oder Absicht?) diktiert das SNB-Geschehen. Solidarisch



unterwirft man sich mit dem **Vorwand «bilateraler Verantwortung»** einem international vernetzten, korrupten System, das sich USA, EU, UNO, OECD, IWF, Justiz oder wie auch immer nennt. Es ist ein System, das mit richterlichen und moralischen Erpressungen (meist als verlängertes US-Mandat), weltweit zersetzenden Einfluss nimmt. Der Maffia gleich werden «Schutzgelder» eingetrieben, um selber provokativ und ganz selbstverständlich, genau das zu tun, was man anderen verbietet.

Das Hauptproblem liegt in den vier mächtigsten «Freistaaten» dieser Welt

Ruth Frei, Wettingen

Es ist höchst interessant, was die Initianten der Vollgeld-Initiative alles versprechen. Sie verbreiten den Glauben, eine Stärkung der Nationalbank und die Abschaffung des Rechts von Geschäftsbanken, Geld zu drucken, sei die Lösung für das gesamte Finanzsystem in seiner Schiefelage.

Ein Irrglaube ist es! Denn schliesslich basiert jedes Geldsystem auf der Schaffung von «Geld aus dem Nichts» (ex nihilo). Diese ist ein ideeller Vertrag – wie alle Rechtssysteme auf bestimmten Ideen und Prinzipien beruhen. Das Hauptproblem unseres Finanzelends liegt in den vier mächtigsten «Freistaaten» dieser Welt:

1. die BIZ (Bank für Internationalen Zahlungsausgleich) oder BIS (Bank for International Settlement) auf extraterritorialem Gebiet in Basel
2. der Vatikan mit seiner Vatikanbank, die man als Drehscheibe für massive kriminelle Geschäfte auf internationaler Ebene sehen muss
3. die City of London unter Herrschaft der Rothschilds – und daran angegliedert die Wall Street Banken (New York)
4. Washington D.C. mit der Weltleitwährung US-Dollar, die vor allem militärisch durch die zahllosen Kriege des Pentagons «gestützt» wird

Was bringt es, wenn wir die Nationalbank mit noch mehr Macht ausstatten, solange sie «unabhängig» – d.h. ohne demokratische Kontrolle agieren kann? Und was nützen uns «Einlagensicherungen», wenn das gesamte internationale Finanzsystem durch die hochbezahlten etablierten Zentral-Bankster in Chefposten über Nacht einfach auf Null gestellt werden kann? Was nützt mir da meine Einlagensicherung von CHF 100'000, wenn dieses Geld als solches nichts mehr wert ist, weil die Chefs der wichtigsten Zentralbanken – die alle zum gleichen Clan gehören – sich an einem ihrer monatlichen Treffen in Basel darauf geeinigt haben???

Die Superreichen wissen schon, weshalb sie ihre Vermögen in Sachwerten anlegen und auf dieser Erde alles zusammenkaufen, was Nutzen hat: Ackerflächen, Wälder, Infrastruktur... Häuser, Wasserquellen, Rohstoffe...

Man muss bei solchen Aktionen immer ans gesamte Umfeld denken – und dieses Denken scheint bei den Herren von der Vollgeld-Initiative noch nicht geläufig. Auch wenn ihre hoffentlich ehrlichen Bemühungen und der gute Willen durchaus anzuerkennen sind.

Was mich an den Vollgeld-Initianten stört, ist ihre enge Sicht auf nationaler Ebene. Rechtssysteme funktionieren so lange, als deren Grundlagen (Ethik, Moral, Respekt vor den Gesetzen zugunsten des Gemeinwohls) von einer grossen Mehrheit der daran Beteiligten getragen werden. Was, wenn nun aber ganz gezielt – und das seit Jahrhunderten – eine kleine «Elite» von Menschen, die über dem Gesetz stehen, ALLES manipulieren und austricksen kann, was wir «normale» Bürger uns als Sicherheit und Schutz ausgedacht und aufgebaut haben?

Also erklären Sie einmal, weshalb z.B. die UBS absolut riskante Geschäfte tätigt, abstürzt und dann vom «Staat» gerettet wird, weil die BIZ sie als Too-Big-To-Fail (TBTF), d.h. systemrelevant einstuft. Es wurden keine Schuldigen gesucht, niemand angeklagt, und die grossen Verbrecher, die allesamt in den Knast gehören, laufen frei herum und geniessen ihren Reichtum auf Kosten jener Bürger, die unverschuldet in Schwierigkeiten geraten! Es ist doch das Rechtssystem, das im allerbesten Fall für 99% der Menschen gilt, nicht aber für die gesetzlosen Eliten, das auf das Problem hinweist.

Das Thema ist wesentlich vielschichtiger als die Herren von der Vollgeld-Initiative offenbar erkennen können – denn sie scheinen wenig Ahnung von all den Betrügereien, Manipulationen Insidertricks sowie internationalen Verflechtungen und Verfilzungen auf alleroberster Ebene zu haben. Dass Philipp Hildebrand nun als Vizedirektor bei Blackrock mitmischet und sein ganzes Knowhow über Zentralbanken dort einbringt, ist nur eine Mini-Mini-Facette im komplexen Thema.

Das Thema Nationalbank ist wichtig – und es wären Alternativen zur Vollgeld-Initiative zu entwickeln, die das gesamte System im Auge haben.

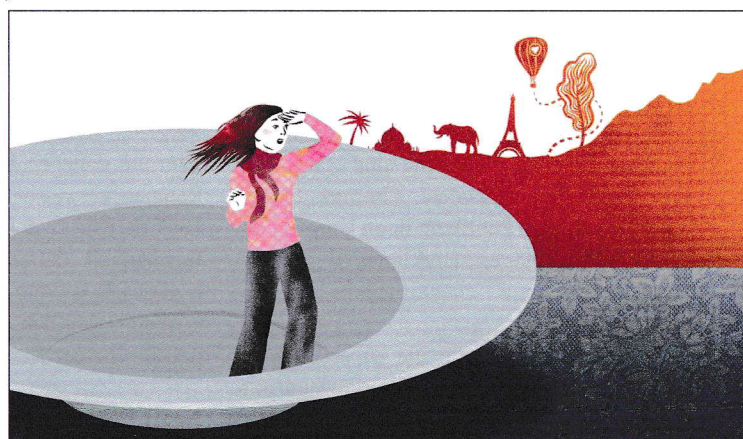
Dabei müssen wir uns bewusst sein, dass die USA bisher alle Staaten, die ein unabhängiges Bankensystem entwickelt haben (Libyen, Syrien, Nordkorea...) mit Feuer und Furie überzogen, sprich mit Dämonisierung des Staatspräsidenten, unglaublicher Propaganda und militärischer Zerstörung...

Nur China und Russland sind vermutlich gemeinsam stark genug, um sich nicht ein-

schüchtern zu lassen.

Solange wir von international agierenden Verbrechern regiert und kontrolliert werden durch ein allgegenwärtiges Überwachungssystem und Tausende feinste Regelwerke – die aber nicht gelten für jene, die sich in Steueroasen flüchten können – und solange die Bürger es nicht merken (wollen), weil die «Verschwörungstheoretiker» nur ihre Ruhe stören – solange können auch die lieben, wohlwollenden Vollgeld-Gläubigen nur die Illusion von Sicherheit des Geldsystems vermitteln.

Schaut endlich über den Tellerrand hinaus!



Darum mein Aufruf: Schaut endlich über den Tellerrand Europas – EU und CH – hinaus und begreift das internationale Finanzsystem als das, was es ist: ein System zur Enteignung und Versklavung von 99% der Menschen. Solange die 99% sich abmühen, kleine Stücklein dieses korrupten Systems zu reformieren und so ihre Energie verschwenden, werden einfach die Lasten und Folgen des Systems ein bisschen anders verteilt und herumgeschoben.

Eine echte Lösung auf internationaler Ebene setzt ein breites Verständnis für die jetzt herrschende Misere voraus. Wir können an den Ländern Afrikas sehen, was die «Eliten» sich für uns in Europa und Nordamerika ausgedacht haben. Nur wenige erkennen, dass exakt diese Zukunft für uns vorgesehen ist in ihren «Plänen».



Wem dient die Nationalbank zu ?

Beat Gygi | Auszug aus: Die Weltwoche, Ausgabe 5-2018 | Samstag, 31.01.2018

Die Schweizerische Nationalbank (SNB) hat ausländische Devisen angehäuft, um zugunsten der Exporteure den Franken zu schwächen. Das Resultat ist eine Reduktion des Volksvermögens. Über die Risiken wird bisher kaum diskutiert.

In der Schweizerischen Nationalbank ist in den vergangenen Jahren ein Riesengebilde herangewachsen, das vielen nicht geheuer ist: Die Posten in der Bilanz der Nationalbank, der SNB, summieren sich mittlerweile auf über 800 Milliarden Franken, das ist mehr als das Vermögen, das in der zweiten Säule der Altersvorsorge seit deren Gründung Mitte der achtziger Jahre bis heute angespart worden ist. Es ist auch deutlich mehr als die gesamte jährliche Wirtschaftsleistung der Schweiz, das Bruttoinlandprodukt, das 2017 etwa 650 Milliarden Franken betrug. Je grösser der Schatz wird, desto stärker kommen seine Hüter – die zugleich Hüter der Währung sind – im Team von Direktoriumspräsident **Thomas Jordan** unter Druck, dem Publikum ihren Umgang mit dem Riesenvermögen zu erklären.

Gierige Blicke

In Referaten legt das für die Umsetzung der Anlagepolitik zuständige Direktoriumsmitglied **Andréa Maechler** dar, wie sich die SNB zur «professionellen Investorin» gewandelt habe; die Anlagepolitik sei eine Kernaufgabe der Nationalbank, man arbeite nach Prinzipien grosser institutioneller Vermögensverwalter, die SNB sei eine «Pionierin unter den Zentralbanken bei der Optimierung des Risiko-Rendite-Profiles». Auch die mit der Bilanz verbundenen und je nach Marktstimmung stark schwankenden Rechnungsabschlüsse ziehen heute viel mehr neugierige und gierige Blicke auf sich als früher. Der Jahresüberschuss 2017 von 54 Milliarden Franken weckt Begehrlichkeiten bei vielen, die daran teilhaben möchten, vor allem bei Kantonsregierungen oder bei Linken, die die AHV subventionieren möchten. Überall spriessen Vorschläge, wie die SNB mit ihrer Bilanz im Stil eines Staatsfonds wachstumsfördernd oder sozialpolitisch tätig sein könnte; der frühere SP-Politiker **Peter Bodenmann** hat gar vorgeschlagen, die 800 Milliarden aus der SNB-Bilanz unter die Einwohner zu verteilen, jedem also 100 000 Franken zuzustecken.

Der Wandel der Nationalbank zur investierenden Institution und die ganze Unruhe im Publikum fordern vor allem in der Finanzbranche von etlichen Seiten Widerspruch heraus, einer ihrer Exponenten bringt die Frage auf, die viele in Verlegenheit versetzt: «Wie kann die SNB als Zentralbank einfach Geld drucken, dafür Devisen kaufen und daraus einen Investitionsfonds machen? Was ist die Logik hinter einem solchen Ansatz?» Die SNB könne laut eigenen Aussagen unbegrenzt Geld drucken, und dafür kaufe sie reale Vermögenswerte von anderen Staaten – es sei erstaunlich, dass diese zustimmten. Anders liege der Fall, wenn ein Land wie Norwegen aus den Erdöleinnahmen einen Investmentfonds schaffe, dahinter stehe ein natürliches Vermögen aus Rohstoffvorkommen, dies im Gegensatz zur Schweiz.

Wenn alle Zentralbanken so handelten, würde dies zum Chaos führen. Irgendwann würde man nämlich einsehen, dass nicht alle Länder einfach Geld drucken und sich damit gegenseitig die Assets abkaufen könnten, sonst könne irgendwann die gegenseitige Enteignung ausländischer hoheitlicher Investoren die Folge sein. Im Moment werde das Verhalten der SNB wohl geduldet, weil sie im weltweiten Vergleich relativ klein sei. Die Nationalbankführung dagegen kann auf den gesetzlichen Rahmen verweisen, in dem sie operiert. Seit 1997 darf sie auch Devisenreserven mit langer Restlaufzeit kaufen, und das neue Nationalbankgesetz weitete 2004 den Anlagespielraum nochmals deutlich aus, da wurde die Anlagepolitik zu einer Kernaufgabe der SNB.

Ernst Baltensperger, emeritierter Professor für Ökonomie an der Universität Bern und Experte für Geldpolitik, warnt ebenfalls vor der Auffassung, die Nationalbankbilanz sei eine Art Geldschatz. Der norwegische Erdölfonds sei ganz anders gelagert, das seien volkswirtschaftliche Ersparnisse. Das Nettovermögen der SNB sei zwar auch Volksvermögen, aber eben netto, und das heisse, dass die Gegenposten in der Bilanz, die Schulden dagegen zu verrechnen seien, grossenteils Giro Guthaben der Banken bei der SNB und andere Verbindlichkeiten. Wer also die 800 Milliarden Währungsreserven an die Leute verteilen wollte, müsste dann auch praktisch gleich hohe Schulden mitverteilen. Und was wäre, wenn man

vorher die Währungsreserven verkaufen und in Franken wandeln würde? Dann würden all die Franken wieder aus dem Verkehr gezogen, die man im Zuge der Geldpolitik jahrelang in den Markt geschüttet hatte, um den Frankenkurs schwächer zu machen.

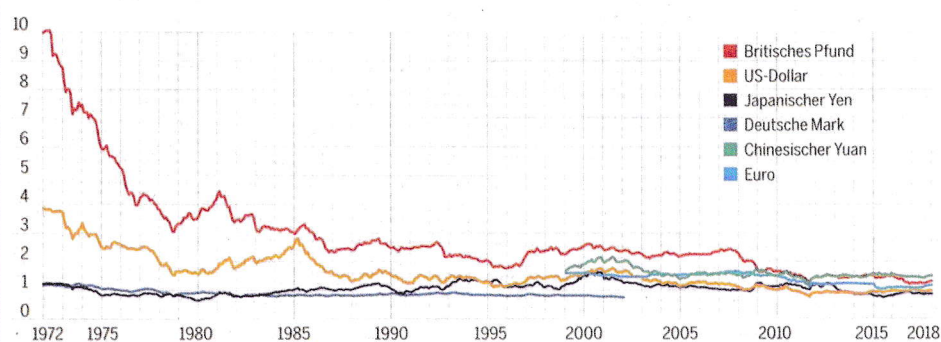
Bilanz sechsmal grösser als 2008

Den Franken schwächer machen – muss man das denn? Dass die Bilanz derart angeschwollen ist, hängt mit den Reaktionen der grossen Notenbanken auf die Finanzkrise 2008 zusammen. Die amerikanische Notenbank und die Europäische Zentralbank (EZB) begannen nach Ausbruch der Krise die Wirtschaft extrem grosszügig mit Geld zu versorgen, indem sie allerhand Wertpapiere aufkauften und diese mit neugedrucktem Geld in eigener Währung bezahlten. So füllten die Notenbanker ihre Lager mit zugekauften Obligationen, Aktien und anderen Papieren, und dieses Vermögen ist in der Bilanz zu verbuchen.

Die Grafiken unten zeigen, wie rasant die Bilanzsummen nach 2008 gestiegen sind. Bei der amerikanischen Notenbank hat sie sich etwa verfünffacht und liegt heute bei 4400 Milliarden Dollar, bei der EZB macht sie mit rund 4500 Milliarden Euro etwa das Vierfache von damals aus. Die Schweiz ist ein Extremfall: Die Nationalbankbilanz ist heute mehr als sechs Mal grösser als 2008, und über 90 Prozent des darin verbuchten Vermögens sind Devisenreserven, also Werttitel in ausländischer Währung, die gekauft wurden, um die Menge an ausländischem Geld zu verringern und im Gegenzug die Menge an Franken zu erhöhen. Die Nationalbank hat also neue Franken gedruckt und diese via Kauf von Euro, Dollar und anderem in den Markt geleitet, um den Handelswert des Frankens, also den Wechselkurs, zu schwächen – seit 2011 meist mit dem Argument, dass der Franken stark überbewertet sei, wobei das Attribut «stark» jüngst leiser geäussert wurde.

Eine lange Geschichte der Wertsteigerung – die anderen wurden schwächer

Entwicklung des Wechselkurses des Frankens seit 1972 (in Franken pro 1 britisches Pfund, 1 Euro, 1 US-Dollar, 1 D-Mark, 100 japanische Yen, 10 chinesische Yuan)



QUELLE: SCHWEIZERISCHE NATIONALBANK

Entscheidend ist die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft.

Was heisst denn «überbewertet»? Die Nationalbank erklärt jeweils nicht näher, mit welchen Berechnungen sie zu diesem Befund kommt, und bereits seit Jahren gibt es denn auch hartnäckige Kritik an den ganzen bilanzvergrössernden Marktinterventionen der SNB zur Schwächung des Frankens. Die Aufkäufe wurden, wie die Grafik zeigt, auch nach der Aufgabe der Euro-Franken-Kursuntergrenze im Januar 2015 weitergeführt. Im Jahr 2017 führten sie zu einer gut 8-prozentigen Abwertung des Frankens beziehungsweise zu einer Steigerung des Euro-Kurses von etwa Fr. 1.08 auf rund Fr. 1.17. In der Exportindustrie spricht man nun von Entspannung, es gebe wieder Luft für bessere Margen; aber Ökonomen wie etwa **Reiner Eichenberger** von der Universität Freiburg erinnern daran, was eine Schwächung der Währung für den Wohlstand der Schweiz eigentlich bedeutet: Das Bruttoinlandprodukt und das ganze Volksvermögen der Einwohner werden geringer bewertet als vorher. Sie verlieren gegenüber andern Ländern an Reichtum, sie müssen für eine importierte Leistung mehr bezahlen und erhalten für eine Lieferung ins Ausland weniger zurück, als wenn die Schweiz eine stärkere Währung hätte.

«Risikoappetit der Finanzmärkte»

Das Nettovermögen der natürlichen Personen in der Schweiz ist ein grosser Brocken. Aus den Daten des Finanzausgleichs für 2014 wird es auf ungefähr 1800 Milliarden Franken geschätzt. Die Interventionen der Nationalbank haben aus dieser Sicht 2017 also einen Wertverlust von vielleicht 150 Milliarden Franken gekostet, also drei Mal den ausgewiesenen Nationalbank-Gewinn – der ohnehin lediglich ein Buchgewinn ist. Es wird in der Politik erstaunlich wenig darüber diskutiert, wie eine derartige Reduktion des Volksvermögens im Vergleich mit der erreichten Wechselkurspflege zu bewerten ist. Rund die Hälfte der Exporte, die Ausfuhren der Chemie- und Pharmaindustrie, sind wenig anfällig auf Preis- und Wechselkursänderungen, weil ihre Marken- und Preissetzungskraft hoch ist. In

der anderen Hälfte der Industrie finden sich zahlreiche Nischenplayer mit ebenfalls starker Marktstellung. Zudem besteht die Gefahr, dass durch eine geldpolitische Schwächung des Frankens die Schweiz an Innovationskraft verlieren wird, weil der Handlungsdruck geringer ist. Diese Argumentation führt zum Schluss: Ein wirtschaftlich starkes Land mit schwacher Währung gibt es nicht.

Nochmals – wie steht es nun mit dem Befund «überbewerteter Franken», den die Nationalbank geltend macht und den die Industrie gerne verwendet? Baltensperger findet, dass eine Zentralbank in einem kleinen, offenen Land allzu starken Über- oder Unterbewertungen die Spitze nehmen müsse, die langfristige Entwicklung der realen Wechselkurse aber nicht manipulierbar sei, sondern durch die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft bestimmt werde. In der Grafik ist dargestellt, wie andere Währungen gegenüber dem Franken seit 1970 schwächer wurden. Zur Beurteilung des Wechselkurses hält es Baltensperger für sinnvoll, sich an der Entwicklung der Kaufkraftparitäten zu orientieren, aber korrigiert um den realen Aufwertungsstrend, den der Franken über das letzte Jahrhundert gegenüber allen anderen Währungen erfahren hat. Gemessen an dieser Marke sei man wahrscheinlich heute nicht weit entfernt von einer normalen Bewertung des Frankens.

Martin Neff, Chefökonom der Raiffeisen-Gruppe, ist in diesem Zusammenhang der Ansicht, dass man selbst mit dem heutigen Kurs in der Nähe von 1.20 noch nicht bei einer fairen Bewertung liege. Er weist darauf hin, dass eine Art richtiger Wechselkurs zwischen zwei Währungen erreicht sei, wenn man für einen Franken so viel erhalte wie für die gleiche in Euro umgetauschte Summe. Dann herrsche Kaufkraftparität. Oder anschaulicher: wenn es den Konsumenten einerlei sei, ob sie in Kreuzlingen oder in Konstanz einkauften. Dies sei bei einem Euro-Franken-Kurs in der Nähe von 1.35 wohl etwa hergestellt, denn heute sei der Konsum in der Schweiz etwa 30 Prozent teu-

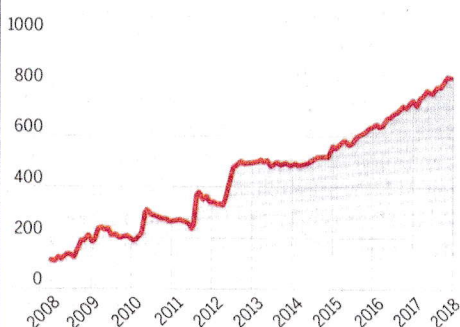
rer als in Deutschland. Klar, wenn man Fahrkosten und Zeitaufwand berücksichtige, könne auch ein Kurs von 1.25 fair sein. Langfristige Wechselkurstrends lassen sich seiner Ansicht nach durch Kaufkraftparität und Inflationsdifferenzen ziemlich gut erklären. Allerdings sei bei den Analysen immer zentral, bei welchem Startdatum der richtige Kurs angesetzt werde. Diese Wahl erfolge oft je nach Standpunkt der Interessen. Am 15. Januar 2015 habe man einen Kurs von Fr. 1.03 gehabt, im Juli 2007 einen Kurs von 1.66 – so gross seien die Spielräume zum Gestalten der Berechnungen.

Was seiner Einschätzung nach ausserdem die Wechselkurse zunehmend beeinflusst, ist der «Risikoappetit der Finanzmärkte». Die letzten dreissig Jahre seien weniger geprägt gewesen durch Konjunkturzyklen mit Aufschwung und Abschwung in der Realwirtschaft, sondern durch eine Häufung von Finanzkrisen, etwa die Schuldenkrise der neunziger Jahre, dann die Asien-, Russland-, Dotcom-, Lehman- und Euro-Krise. Immer wieder hätten Finanzkrisen Geldflüsse umgelenkt. «Wir haben da einen Treiber drin, der weit entfernt ist von der Kaufkraftparitäten-Theorie», meint Neff.

Noch deutlicher sagt es **Heinz Zimmermann**, Professor für Finanzmarkttheorie an der Universität Basel: «Man muss Währungen und Wechselkurse immer auch unter dem Aspekt der Kapitalströme betrachten. Man muss auch die Anlegersicht berücksichtigen.» Der Ansatz der Kaufkraftparität beruhe auf der Ansicht, dass eine Währung einfach ein Rechenfaktor sei, der Wechselkurs ein Preis-Umrechnungsergebnis. Aber bei Währungen müsse man auch die Eignung der Währung als Anlagemöglichkeit im Blick behalten. Was heisst das für die Schweiz? Das Land ist bekannt für politische Stabilität und ziemlich freiheitliche Spielregeln, die Funktion als möglicher Zufluchtsort für Kapital kann je nach Weltlage bei der Nachfrage nach Franken eine wichtige Rolle spielen, was beim Kurs einen Aufpreis, eine Prämie, rechtfertigen kann.

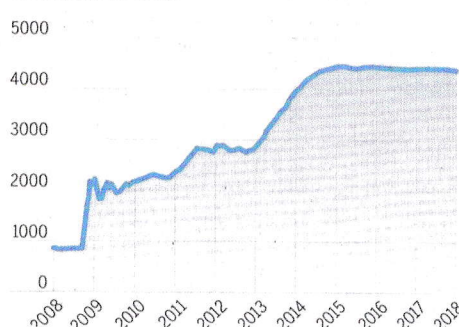
Riesige Lagerräume

Bilanzsumme der Schweizerischen Nationalbank, in Milliarden Franken



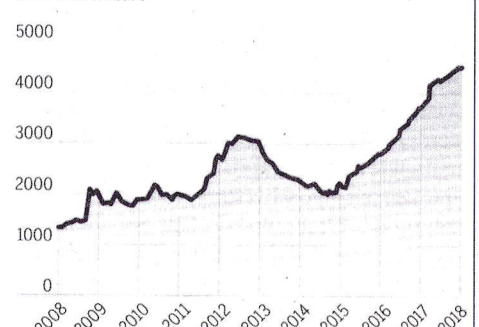
QUELLE: TRADING ECONOMICS

Bilanzsumme der amerikanischen Notenbank, in Milliarden US-Dollar



QUELLE: TRADING ECONOMICS

Bilanzsumme der Europäischen Zentralbank, in Milliarden Euro



QUELLE: TRADING ECONOMICS

Wandel zur investierenden Institution.

unproduktiven Arbeitsaufwand von jährlich 36 Millionen Transaktionen an Gemeinden, Kantone und Bund und hilft so Geld sparen.

Die Kosten der Steuerverwaltungen, die unproduktiven, kostenintensiven Lohn-, Drucksachen-, Büro-, Verwaltungs- und Liegenschaftskosten für die Gemeinde- Kantons- und Bundessteuerämter fallen weg, was ein weiterer Vorteil des Volksgelds ist.

Die Bonität des Schweizerfrankens garantiert. Was den Schweizerfranken vertrauenswürdig macht, ist seine Bonität, die auf der Arbeitskraft der schweizerischen Bevölkerung beruht. Deshalb kann die Schweiz Anleihen (Staatsobligationen) ausschreiben, für die sie Käufer findet, die ihr für diese Papiere Geld ausleihen. Ebenso kann die SNB Banknoten zu Steuergeldzwecken schöpfen.

Eine Nationalbank für die Zukunft!

Ein Beitrag zu schweizerischem Volksgeld statt Vollgeld

Samstag 26. Mai 2018, 10.00 bis 12.30 Uhr

im **Gasthof «zum Höfli»**, Landstrasse 26, 8112 Otelfingen

Referent: René Machu

www.impulswelle.ch



Kosten: Eintritt frei / Spenden

Krise! welche Krise?

*René Machu,
Impulswelle, Wettingen*

Sprach der Vogel Strauss zum Faultier: «2008: Die Finanzkrise kam, man sah nicht hin und verlor. Aber jetzt, zehn Jahre später, ist alles gut. Die Party geht weiter, die Börsen brummen, die Arbeitslosen-Statistiken beruhigen wie Morphium – den heiligen Märkten, den spendablen Zentralbanken und den opferbereiten Bürgern sei Dank. Halleluja! Das Sandmännchen ist da; schlaf, Kindlein, schlaf ...»

Wenn die Welt nur so einfach wäre wie die Analysen der systemtreuen Ökonomen, die immer gerne positive Anreize verbreiten, damit das Kleinvieh, das bekanntlich auch Mist macht, weiterhin munter Aktienpakete kauft, sein Geld auf die Bank trägt, pflichtschuldigst die Raten für Häuschen, Karre und Flachbildschirm abstottert, und bitte die etablierten Parteien wählt und keine bösen Populisten. Wir sind doch Bravbürger und keine Wutbürger, oder?

Wir sind vor allem zunehmend ärmere Bürger. Von frisierten Statistiken hat nämlich noch niemand gegessen. Durch geschickte Manipulation werden die Arbeitslosenzahlen geschönt, indem man Leute nicht mehr mitzählt, die die Suche nach Arbeit bereits aufgegeben haben, oder indem man so tut, als wären Menschen mit einem Mc Job – das heisst mit einem Miniarbeitspensum ohne Sozialleistungen – «beschäftigt».

Leider, lieber Herr Strauss und liebe Frau Faultier, ist das Ganze eine einzige, schamlose Augenwischerei:

Die Privathaushalte sind bis über beide Ohren verschuldet, man konsumiert auf Pump, be-

sonders in Amerika. Wie die Kleinen, so die Grossen. Die Zinsen der Zentralbanken liegen seit längerem bei Null, das heisst, Geldaufnehmen ist für die Banken gratis. Das ermuntert sie nicht etwa, längerfristig zu denken und in die Realwirtschaft zu investieren, wo meist nicht der schnelle Gewinn lockt, sie beteiligen sich lieber weiterhin munter am Spekulationskarussell mit Derivaten, wo die Renditen vielversprechend und unmittelbar sind.



Aber die haben doch alle Asche auf ihr Haupt gestreut und Besserung gelobt, als sie 2008 mit Bankenrettungspaketen, bezahlt von uns Steuerzahlern, in den USA und der EU vor dem sicheren Bankrott gerettet werden mussten? Es gab doch neue Regulierungen, die Exzesse verhindern sollen?

Die Blase aus ausstehenden Derivatkontrakten ist heute bedeutend grösser als noch vor zehn Jahren. Niemand kann diese Blase präzise beziffern, aber verschiedene renommierte Ökonomen schätzen sie auf derzeit rund 700 Billionen Dollar. Das ist vermutlich eine sehr konservative Schätzung, da viele Geschäfte nicht mehr über die Börse, sondern «over the counter», also direkt zwischen zwei Parteien abgewickelt werden und sich damit jeglicher Kontrolle entziehen. Zum Vergleich: 2013 betrug das Bruttoinlandprodukt der gesamten

Welt 75.6 Billionen.¹ Die Welt – das heisst wir – müsste also beinahe 10 Jahre malochen, ohne etwas zu verbrauchen, um die Wertschulden der Spekulanten aufzuwiegen. Viel Spass beim Ackern, aber bitte den Gürtel enger schnallen, denn ohne massive Sparmassnahmen wird's eh nichts. Früher nannten man dies Leibeigenschaft ...

Ja, und die Regulierungen, die man nach der Krise einführt, können Sie getrost vergessen. Sie hatten in erster Linie den Zweck, so zu tun, als ob man der missbräuchlichen und die Volkswirtschaften weltweit bedrohenden Spekulation eine Grenze setzen würde. So zum Beispiel die «Dodd-Frank-Bill», die 849 Seiten umfasste und nicht einmal für Anwälte, die auf solche Fragen spezialisiert sind, verständlich war. Das ist natürlich Absicht, was so viele Ausnahmen hat und in derart kompliziertem Kauderwelsch abgefasst ist, öffnet Tür und Tür für alle möglichen Schlupflöcher. Dieses von Pinocchio und Pinocchia, Obama und Hillary, als grosse Errungenschaft gepriesene Machwerk wurde von Kandidat Bernie Sanders schon im Wahlkampf der Lächerlichkeit preisgegeben und eben von Donald Trump wieder abgeschafft. Nun, mit der Abschaffung eines nutzlosen und verlogenen Gesetzeswerks ist es natürlich noch nicht getan. Dazu später mehr.

Die ganze Wirtschaft hängt derzeit am Tropf des billigen Gelds, das die Zentralbanken zur Verfügung stellen. Dieses sogenannte «quantitative easing» war das letzte Mittel, das den internationalen Organisationen blieb, um den totalen Kollaps der Weltwirtschaft hinauszuzögern, ohne am maroden, «liberalisierten» und «deregulierten» System – am

¹ <http://www.bpb.de/wissen/16PFEV,0,WeltBruttoinlandsprodukt.html>

Volksgeld statt Vollgeld <http://www.volksgeld.ch>

Eine kritische Betrachtung der Vollgeld-Initiative in der Schweiz

Deutsche Vordenker für ein modernes Geldsystem wollen die Geld- und Finanzinstitute, die Geschäftsbanken, entmachten. Die Geldschöpfung sei einzig und nur den Zentralbanken gestattet. Für den Austragungsort «aus der Finanzkrise» im Euro-Raum haben sie die Schweiz ausgewählt, von deren Volksrechten sie sich Vorteile erhoffen, mit denen sie in Deutschland noch längere Zeit kaum rechnen können. Sie benutzen die Schweiz als Übungsplatz für eine kommende Volksabstimmung zur Vollgeld-Reform in Deutschland, sobald die Zeit reif ist dazu. So weit könnte es kommen, wenn die EU auseinanderfällt oder der Euro wieder durch die früheren nationalen Landeswährungen ersetzt wird.

Das Weltfinanzsystem steckt in der Schuldenfalle – Volksgeld führt uns aus der Misere!

Treibende Kräfte hinter der Initiative sind **Thomas Mayer** (Bürgerrechtler) und **Roman Huber** (Initiant der Verfassungsbeschwerde in der BRD gegen die Eurorettungsschirme). Für die Initiative haben sie ihr Buch «Vollgeld, das Geldsystem der Zukunft» auf den Büchermarkt gebracht. Unterstützung scheinen sie von **Prof. Bernd Senf** zu haben, dessen ins Weltnetz gestellte Videos grosse Beachtung finden. Die Initiative wird in der Schweiz vom «Verein Monetäre Modernisierung» des pensionierten Volksschullehrers Hansruedi Weber unterstützt. Die *Neue Zürcher Zeitung* (NZZ) bewertete die Initiative nach deren Vorstellung in Bern im Juni 2014 als untypisch und kompliziert, sie entspringe nicht parteipolitischen und wirtschaftlichen Interessen. Das muss sie auch nicht, wenn sie Vorteile für alle hat. Wir berichten hier, wie die Initiative einzuordnen und zu bewerten ist:

Die Vollgeld-Initiative geht auf einen Vorschlag von **Prof. Joseph Huber** und **James Robertson** in ihrem Buch «Geldschöpfung in öffentlicher Hand» zurück. Er wurde erstmals 2001 von der *New Economics Foundation* (nef) publiziert. James Robertson war 1965 bis 1973 Direktor eines Forschungsinstituts der britischen Banken und war schon vorher in britischen Regierungsämtern tätig. Die *Bank of England* zählt mit dem an erster Stelle stehenden amerikanischen *Federal Reserve System*, über das in den USA rund 20 Distrikt- und ihre Privatbanken ein wachsendes Auge haben, zu den weltweit dominantesten Bankenplätzen.

Vollgeld kennt keine Mitsprache der «öffentlichen Hand»

Anzunehmen, dass Robertson nach rund 30jähriger Tätigkeit für den britischen Staat

und die britische Bankenwelt plötzlich für eine dem System nachteilige Geldordnung eintritt, gleicht einem frommen Wunsch. Schon der Buchtitel «Geldschöpfung in öffentlicher Hand», eine von Joseph Huber überarbeitete deutsche Fassung, ist irreführend, weil für die im Buch beschriebenen Machtbefugnisse der Zentralbanken die «öffentliche Hand» keine Mitsprache hat. Das Volk wäre wie bisher nicht an Beschlussfassungen beteiligt. Von «öffentlich» kann daher nicht die Rede sein, sondern das Attribut gilt dem Stimmenfang.

Die Vollgeld-Idee hat sogar Nachteile. Der wichtigste davon ist, dass das Geldmonopol bei den «unabhängigen» Zentralbanken verbleibt. Wohin dies führt, hat in der Schweiz die Mindestkursbindung an den Euro gezeigt. Er soll die Schweizerische Nationalbank (SNB) gemäss NZZ vom 16. Jan. 2015 sechzig Milliarden Franken gekostet haben. Geld, das indirekt vom Volk durch seine Steuerabgaben bezahlt wird, denn für die Gewinn-Ausschüttung an die Kantone verbleibt der SNB durch den Verlust weniger als üblich, was die Steuerzahler zu spüren bekommen haben. Die Mindestkursaufhebung stellte die vom Import abhängigen Unternehmer zudem vor neue Probleme. **J. Huber** und **J. Robertson** erklären in ihrem Buch die von ihnen «*vorgeschlagene Methode, neues Geld zu schöpfen und in Umlauf zu bringen und wie sich dies auf die öffentlichen Finanzen auswirkt... Die Zentralbanken werden... in hohem Masse unabhängig sein. Regierungen dürfen auch zukünftig nicht die Macht haben, in die Entscheidungen der Zentralbanken über die Menge des zu schöpfenden Geldes einzugreifen... Auf die... Steuerpolitik wird sich (die vorgeschlagene Methode) deutlich positiv auswirken.*»

Der Nationalbankrat muss vom Volk aus kantonalen Finanzberatern und Betriebswirtschaftern gewählt werden!

So wie der **Bundesrat** vom Parlament gewählt wird, muss auch der **Nationalbankrat** vom Volk aus kantonalen Finanzberatern und Betriebswirtschaftern gewählt werden. Wenn, wie von den Autoren explizit erwähnt, das Volk gegenüber der Nationalbank *machtlos* ist, über die Menge des zu schöpfenden Geldes zu entscheiden, hat sich nur die bisherige Geldschöpfung von den Geschäftsbanken auf die Bundesbank verschoben. Alles andere bleibt bestehen und kann beliebig, auch gesetzlich und zum Nachteil des Volkes, jederzeit geändert werden. Die Vollgeld-Initiative ist ein Bluff der Bankenelite und jener, die ihren Machtpoker mitspielen oder ihn nicht zu durchschauen sich bemüht haben.

Beim **Volksgeld**, dem **Geldsystem des Volkes**, also dem Geld «in öffentlicher Hand», werden sich die für den öffentlichen Haushalt benötigten/erforderlichen Gelder auf die *Geldschöpfung auswirken*, nicht umgekehrt!



Vollgeldsystem schützt nicht vor «Inflation»!

Solange die Zentralbanken, wie schon bisher, allein die Entscheidungsbefugnis zur Geldherstellung haben, sind wir nicht vor «Inflation» geschützt! Unser Vorschlag ist das **Volksgeld**, womit die *Zentralbanken* ihr Selbstbestimmungsrecht einbüßen, denn unter einem neuen Bankengesetz würden die gewählten (kantonalen) Finanzberater anlässlich ordentlicher und ausserordentlicher Budgetsitzungen die erforderliche nationale Geldmenge bestimmen und auf dieser Grundlage die Zentralbanken zur Geldschöpfung ermächtigen.

Volksgeld ist Vollgeld minus Einkommens- und Vermögenssteuern

Der Vorteil des Vollgeldes, nach dem Schweizer Initiativkomitee «das Geldschöpfungsmonopol», besteht auch beim **Volksgeld**. Hinzu käme noch der unermessliche Vorteil, dass für Arm und Reich das Steuergeldzahlen ein Ende hätte. Allein schon das Schliessen aller Steuerämter und das Wegfallen von Abermillionen Steuererklärungen samt ihren Beilagen, Erklärungen und die ganze, selbst von Juristen kaum noch durchschaubare Gesetzesflut würden auf jeder Staatsebene viele Milliarden Franken einsparen. Geld, das besser eingesetzt werden könnte. Wer der Meinung ist, Steuerzahlen sei unentbehrlich, beantworte folgende Fragen und Hinweise:

Durch was unterscheidet sich das Geld aus Lohn und Einkommen der Steuerzahler für die Gemeinde- und Kantons- und Bundesaufgaben *von jenem*, von der Nationalbank (SNB) zum gleichen Zweck geschöpften Geld für Direktzahlungen der SNB an die Gemeinden, Kantone und den Bund?

Hat Geld für Steuerzwecke eine andere Qualität, wenn es wie beim Vollgeld von der Nationalbank über den Umweg an Unternehmer für Lohnzahlungen und später von den Arbeitnehmern und Selbständigerwerbenden für Steuerzahlungen gebraucht wird, *wie wenn* beim **Volksgeld** die Nationalbank ebensoviel Geld direkt den Gemeinden, Kantonen und dem Bund überweist?

Die Transaktionskosten der Steuerzahlungen aller (geschätzten) sechs Millionen Steuerzahler fallen weg. Das **Volksgeld** erspart den

unproduktiven Arbeitsaufwand von jährlich 36 Millionen Transaktionen an Gemeinden, Kantone und Bund und hilft so Geld sparen.

Die Kosten der Steuerverwaltungen, die unproduktiven, kostenintensiven Lohn-, Drucksachen-, Büro-, Verwaltungs- und Liegenschaftskosten für die Gemeinde- Kantons- und Bundessteuerämter fallen weg, was ein weiterer Vorteil des Volksgelds ist.

Die Bonität des Schweizerfrankens garantiert. Was den Schweizerfranken vertrauenswürdig macht, ist seine Bonität, die auf der Arbeitskraft der schweizerischen Bevölkerung beruht. Deshalb kann die Schweiz Anleihen (Staatsobligationen) ausschreiben, für die sie Käufer findet, die ihr für diese Papiere Geld ausleihen. Ebenso kann die SNB Banknoten zu Steuergeldzwecken schöpfen.

Eine Nationalbank für die Zukunft!

Ein Beitrag zu schweizerischem Volksgeld statt Vollgeld

Samstag 26. Mai 2018, 10.00 bis 12.30 Uhr

im **Gasthof «zum Höfli»**, Landstrasse 26, 8112 Otelfingen

Referent: René Machu

www.impulswelle.ch



Kosten: Eintritt frei / Spenden

Krise! welche Krise?

*René Machu,
Impulswelle, Wettingen*

Sprach der Vogel Strauss zum Faultier: «2008: Die Finanzkrise kam, man sah nicht hin und verlor. Aber jetzt, zehn Jahre später, ist alles gut. Die Party geht weiter, die Börsen brummen, die Arbeitslosen-Statistiken beruhigen wie Morphium – den heiligen Märkten, den spendablen Zentralbanken und den opferbereiten Bürgern sei Dank. Halleluja! Das Sandmännchen ist da; schlaf, Kindlein, schlaf ...»

Wenn die Welt nur so einfach wäre wie die Analysen der systemtreuen Ökonomen, die immer gerne positive Anreize verbreiten, damit das Kleinvieh, das bekanntlich auch Mist macht, weiterhin munter Aktienpakete kauft, sein Geld auf die Bank trägt, pflichtschuldigst die Raten für Häuschen, Karre und Flachbildschirm abstottert, und bitte die etablierten Parteien wählt und keine bösen Populisten. Wir sind doch Bravbürger und keine Wutbürger, oder?

Wir sind vor allem zunehmend ärmere Bürger. Von frisierten Statistiken hat nämlich noch niemand gegessen. Durch geschickte Manipulation werden die Arbeitslosenzahlen geschönt, indem man Leute nicht mehr mitzählt, die die Suche nach Arbeit bereits aufgegeben haben, oder indem man so tut, als wären Menschen mit einem Mc Job – das heisst mit einem Miniarbeitspensum ohne Sozialleistungen – «beschäftigt».

Leider, lieber Herr Strauss und liebe Frau Faultier, ist das Ganze eine einzige, schamlose Augenwischerei:

Die Privathaushalte sind bis über beide Ohren verschuldet, man konsumiert auf Pump, be-

sonders in Amerika. Wie die Kleinen, so die Grossen. Die Zinsen der Zentralbanken liegen seit längerem bei Null, das heisst, Geldaufnehmen ist für die Banken gratis. Das ermuntert sie nicht etwa, längerfristig zu denken und in die Realwirtschaft zu investieren, wo meist nicht der schnelle Gewinn lockt, sie beteiligen sich lieber weiterhin munter am Spekulationskarussell mit Derivaten, wo die Renditen vielversprechend und unmittelbar sind.



Aber die haben doch alle Asche auf ihr Haupt gestreut und Besserung gelobt, als sie 2008 mit Bankenrettungspaketen, bezahlt von uns Steuerzahlern, in den USA und der EU vor dem sicheren Bankrott gerettet werden mussten? Es gab doch neue Regulierungen, die Exzesse verhindern sollen?

Die Blase aus ausstehenden Derivatkontrakten ist heute bedeutend grösser als noch vor zehn Jahren. Niemand kann diese Blase präzise beziffern, aber verschiedene renommierte Ökonomen schätzen sie auf derzeit rund 700 Billionen Dollar. Das ist vermutlich eine sehr konservative Schätzung, da viele Geschäfte nicht mehr über die Börse, sondern «over the counter», also direkt zwischen zwei Parteien abgewickelt werden und sich damit jeglicher Kontrolle entziehen. Zum Vergleich: 2013 betrug das Bruttoinlandprodukt der gesamten

Welt 75.6 Billionen.¹ Die Welt – das heisst wir – müsste also beinahe 10 Jahre malochen, ohne etwas zu verbrauchen, um die Wertschulden der Spekulanten aufzuwiegen. Viel Spass beim Ackern, aber bitte den Gürtel enger schnallen, denn ohne massive Sparmassnahmen wird's eh nichts. Früher nannten man dies Leibeigenschaft ...

Ja, und die Regulierungen, die man nach der Krise einführt, können Sie getrost vergessen. Sie hatten in erster Linie den Zweck, so zu tun, als ob man der missbräuchlichen und die Volkswirtschaften weltweit bedrohenden Spekulation eine Grenze setzen würde. So zum Beispiel die «Dodd-Frank-Bill», die 849 Seiten umfasste und nicht einmal für Anwälte, die auf solche Fragen spezialisiert sind, verständlich war. Das ist natürlich Absicht, was so viele Ausnahmen hat und in derart kompliziertem Kauderwelsch abgefasst ist, öffnet Tür und Tür für alle möglichen Schlupflöcher. Dieses von Pinocchio und Pinocchia, Obama und Hillary, als grosse Errungenschaft gepriesene Machwerk wurde von Kandidat Bernie Sanders schon im Wahlkampf der Lächerlichkeit preisgegeben und eben von Donald Trump wieder abgeschafft. Nun, mit der Abschaffung eines nutzlosen und verlogenen Gesetzeswerks ist es natürlich noch nicht getan. Dazu später mehr.

Die ganze Wirtschaft hängt derzeit am Tropf des billigen Gelds, das die Zentralbanken zur Verfügung stellen. Dieses sogenannte «quantitative easing» war das letzte Mittel, das den internationalen Organisationen blieb, um den totalen Kollaps der Weltwirtschaft hinauszuzögern, ohne am maroden, «liberalisierten» und «deregulierten» System – am

¹ <http://www.bpb.de/wissen/16PFEV,0,WeltBruttoinlandsprodukt.html>

Spekulationssystem – etwas ändern zu müssen. Die EZB legte so insgesamt mehr als zwei Billionen Euro auf, um damit Staatsanleihen von Schuldenstaaten wie Griechenland aufzukaufen. Natürlich nicht, damit die Menschen in Griechenland ein menschenwürdiges Leben haben, sondern weil die europäischen, Gläubigerbanken einen Totalausfall des griechischen Staats und der anderen EU-Hungerleider nicht überleben würden. Nun



haben die Zentralbanken aber ein Dilemma. Wie Süchtige brauchen Banken und Konsumenten immer mehr dieses Pumpgelds. Fährt man jedoch mit der Geldmengenausweitung so weiter und flutet den Markt, so entsteht früher oder später Hyperinflation, und das Geld schafft sich selbst ab. Erhöhen die Banken hingegen die Zinsen auch nur wenig, so fällt das Soufflée vom Wirtschaftsaufschwung auf Pump in sich zusammen.

Die Enteignung der Bürger ist bereits an eine Grenze gestossen. Neue Rettungspakete mit Steuergeldern für Banken (bail-out) oder eine weitere Pfändung der Guthaben im Falle eines Bankenkurses (bail-in) würden zu Protesten führen, mit weiteren Strafaktionen an der Urne für die politischen Hüter des Establishments. Die kriegstreiberische Aggression und die fingierte Empörung über die angebliche Einmischung Russlands in die amerikanischen und europäischen Wahlkämpfe, der Giftskandal von Salisbury, die Vorwürfe an Russland wegen seiner Stabilisierung Syriens: All dies ist die Flucht nach vorne des kollabierenden, unipolaren, westlichen Imperiums, das alles finanzpolitische Schiesspulver verschossen hat und nun die militärische Lunte zündet. Eine alte, faule Nummer: Wer auf ganzer Ebene versagt hat, dem bleibt nur noch die finale Option Krieg, um davon abzulenken.

Was ist also zu tun? Auf der persönlichen Ebene ist man gut beraten, seine Sicherheit weder im eigenen Bankkonto noch im Bargeld zu suchen. Wir haben es leider nicht mehr mit integren Bankern wie in «Asterix bei den Helvetiern» zu tun. Auch von der neuen Droge für Leute, die lieber ihr Geld arbeiten lassen, anstatt selbst anzupacken, ist abzuraten: Bitcoin wird wie alle Schneeballsysteme nur wenige reich und viele arm machen. Solide Sachwerte, Investitionen in sinnvolle Projekte, Immobilien oder physische Edelmetalle im Schliessfach sind definitiv eine bessere Idee.

Wie sieht es jedoch auf der makroökonomischen Ebene aus? Im Wahlkampf hat Donald Trump einerseits grosse Infrastrukturprojekte versprochen, die Arbeitsplätze schaffen, andererseits redete er davon, das **Trennbankensystem Glass-Steagall** wieder einzuführen.

Letzteres ist die Grundvoraussetzung für einen echten, realwirtschaftlichen Aufschwung. Wir brauchen von Investmentbanken (für Spekulation) vollkommen getrennte Geschäftsbanken (für die Realwirtschaft). Nur so kann man die wertlosen Derivate beim Platzen der Spekulationsblase abschreiben, ohne dass dabei die volkswirtschaftlich wichtigen Geschäftsbanken mit in den Abgrund gerissen werden. Man unterzieht die Investmentbanken einem ordentlichen Konkursverfahren. Dann gibt es keine «too-big-to-fail»-Banken mehr, die gerettet werden müssen.²

Mit einem derart stabilisierten Bankensystem lassen sich die dringend nötigen Infrastrukturprojekte erst gewährleisten. Trump hat ein Infrastrukturprojekt von 1.3 Billionen Dollar versprochen.

Wie kann so etwas finanziert werden? Wie die Ökonomin Ellen Brown neulich auf «Global Research» verlauten liess, sollte man sich ein Beispiel an China nehmen.

Chinas fünf grösste Banken sind mehrheitlich in Staatsbesitz. Sie haben die Auflage, in Projekte zu investieren, die dem Gemeinwohl dienen. Kredite werden also nicht für Spekulation sondern für realwirtschaftliche Projekte aufgelegt und zur Hauptsache an Staatsbetriebe verliehen, wenn es darum geht, damit Häfen, Strassen, hochmoderne Bahnen, Kraftwerke, ja neue Städte zu bauen. Eine ähnliche Funk-

² http://impulswelle.ch/downloads/briefe/brief_pardini_blocher_br.pdf

Über die Neue Seidenstrasse von China bis Spanien

tion haben die grossen Banken mit internationaler Beteiligung (AIIB, NDB,³ BRICS-Bank).

Der Westen ist nicht China. China geht seinen eigenen Weg, der durch seine jahrtausendealte Kultur und die Erfahrung mit dem Kommunismus geprägt ist. Dennoch sollte man im Westen seine Lehren aus dem Erfolgsmodell China ziehen: Wir brauchen in den USA und in den souveränen Nationen Europas dringend eine Infrastrukturbank wie die Kreditanstalt für Wiederaufbau nach dem 2. Weltkrieg, die völlig auf realwirtschaftliches Wachstum ausgerichtet ist. Würde man alle Finanzmittel, welche die EZB zur Tilgung toxischer Schuldtitel verschiebt, in langfristige, realwirtschaftliche Projekte stecken, so hätte man damit nicht nur Zahlen getilgt, sondern das Fundament für die wirtschaftliche Wohlfahrt kommender Generationen gelegt. Ein echtes «Investment», das im Gegensatz zu sinnlosem Konsum auf Pump oder börsenkotierter Kasinohysterie, Zukunft für Menschen schafft.

³ Asian Infrastructure and Investment Bank/ New Development Bank

Unterstützen Sie unsere Arbeit mit einem Spendenbeitrag auf Postcheckkonto 87-133 198-2. Wir danken Ihnen.

Verein Bürger für Bürger
Postfach 70, 8044 Zürich
PC 87-133 198-2
www.freie-meinung.ch
Telefon 044 350 14 71
FAX: 044 350 20 31